

Ideologie und Sachlichkeit

Autor(en): **Butschek, Felix**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. Felix Butschek

Ideologie und Sachlichkeit

Seit 1967 gibt es eine ununterbrochene Reihe sozialistischer Wahlerfolge in Österreich. Die SPÖ stellt heute nicht nur den Bundespräsidenten, sondern es ist ihr auch gelungen, eine sozialistische Regierung zu bilden. Um so verständlicher ist, dass andere sozialdemokratische Parteien im Ringen um ihren ideologischen Standort den Blick nach Österreich richten. So besteht bei uns immer wieder Anlass genug, auf die theoretische Zeitschrift der SPÖ «Die Zukunft» aufmerksam zu machen. Einer ihrer hervorragenden Mitarbeiter, Dr. Felix Butschek, ist der Verfasser des nachfolgenden Artikels.

Dr. Felix Butschek ist Nationalökonom und Mitarbeiter des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts. R. L.

Bevor man die Diskussion der sozialistischen Ideologie für die siebziger Jahre beginnt, ist es zweckmässig, die Frage zu erörtern, welche Rolle sie in der Nachkriegszeit gespielt hat. Das scheint schon deshalb nötig zu sein, weil sich in jüngerer Zeit vielfach die Auffassung herausgebildet hat, die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sei die Epoche der «Entideologisierung» gewesen und Politik nur von «Pragmatikern» gemacht worden. Diese Phase gehe jetzt zu Ende, wir stünden vor einer allgemeinen «Reideologisierung» und die politischen Kräfte seien dabei, sich ihrer eigentlichen Ziele zu besinnen.

Nun müsste man sich aber vorerst klarwerden, was unter dem Begriff «Ideologie» zu verstehen sei. Wenn in der Vergangenheit die Ideologen insbesondere bei den «Technokraten» in Verruf gekommen waren, dann sicherlich nicht deshalb, weil sie ein geschlossenes System von Wertvorstellungen vertraten, welches auch als solches bezeichnet wurde, sondern darum, weil Ideologien ein Konglomerat von Werturteilen, Hypothesen und schlichten Behauptungen darstellten, welche in ein «wissenschaftliches» Gewand gehüllt und eben als Wissenschaft ausgegeben wurden.

Ein typisches Beispiel dafür bot die «Soziale Marktwirtschaft», welche seit Ende der vierziger Jahre in der Bundesrepublik als Heilslehre darge-

boten wurde und von dort aus ihren Siegeszug über ganz Mitteleuropa antrat. Im Gefolge von Hayeks «Weg zur Knechtschaft» repräsentierten die Freiburger Schule und ähnliche Gruppierungen ein Gesellschaftsbild, in dem sich der jüngste Tag ankündigte.

Europas kaum aus dem Faschismus erstandene Demokratie wurde danach neuerdings ungeheuerlich von «Machtblöcken und Kollektivgebilden» bedroht, die aus gewaltigen wirtschaftlichen Konzentrationen, aus dem Wachstum des staatlichen Machtapparates und seiner immer intensiveren Eingriffe in den Ablauf des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens sowie durch die grossen Organisationen der Marktpartner entstanden waren. Diese verhängnisvolle Entwicklung hatte begonnen, weil sich die Welt von den Gesetzen der vollständigen Konkurrenz entfernt hatte und sich der Staat immer nachdrücklicher anmasste, nicht nur in den Wirtschaftsablauf, sondern auch in die private Sphäre – etwa durch Einführung einer Zwangskrankenversicherung – einzugreifen. Überdies eignete diesen Tendenzen eine fatale Zwangsläufigkeit. Einmal vollzogene Eingriffe in den «natürlichen» Ablauf der Dinge fordern automatisch neue heraus – letztlich lande man wieder in der Diktatur.

Entscheidende Neuformulierungen von Wertvorstellungen

Die politische Wirkung dieser Ideologie – sie war in der Bundesrepublik mit dem Namen Erhard, in Österreich mit dem von Kamitz verbunden – zeigt, dass die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs eine entideologisierte war, auch dann, wenn die Ideologen ständig davon redeten, weil sie gern ihre eigenen Ideologien als «Versachlichung» verkauften.

Aber selbst wenn man von solchen Ideologien im schlechten Sinne absieht, so brachte die Nachkriegszeit entscheidende Neuformulierungen von Wertvorstellungen gerade im sozialistischen Bereich, welche ihren Niederschlag im Grundsatzprogramm der Sozialistischen Internationale 1951 sowie im Wiener und Godesberger Programm fanden. Diese Programme beeinflussten in hohem Masse das politische Geschehen der sechziger Jahre und waren nicht zuletzt dafür massgebend, dass sowohl die SPD als auch die SPÖ Regierungsverantwortung übernehmen konnten.

Weder den sozialistischen noch den konservativen Parteien hat es also an Ideologie gemangelt, der «Entideologisierungsprozess» vollzog sich nur derart, dass die Vertreter eines Wertsystems ihre Ideologie nicht mehr absolut setzten – wie in der Zwischenkriegszeit – und damit simplen Erfordernissen der Demokratie, welche eine solche Verabsolutierung nicht trägt, Rechnung trugen. Darüber hinaus verstanden es aber die sozialistischen Parteien – im Gegensatz zu den konservativen –, ihre Wertvorstellungen und Ziele recht sauber von den Instrumenten und den funktionalen Zusammenhängen zu trennen und Zielkonflikte als solche darzustellen sowie im Bewusstsein dieser Wertentscheidungen zu fällen. Nichts wäre verfehlter, als eine derartige Politik als «pragmatisch» zu bezeichnen.

Der Aufstand des Irrationalismus

Die geistige Atmosphäre in Westeuropa schien einige Jahre lang eine Politik, welche auf einer derartigen Trennung von Wertvorstellungen und sozusagen technischem Instrumentarium beruhte, zu begünstigen. Ihr Einfluss reichte sogar bis in den Osten; denn man soll nicht übersehen, dass die grossen Liberalisierungswellen in den kommunistischen Staaten nicht zuletzt von einer Rehabilitation des wertfreien Denkens in der Wissenschaft eingeleitet wurden.

Aber noch während sich die sozialdemokratischen Regierungen auf dieser Basis in Mitteleuropa etablierten, entstand eine neue Ideologie – im schlechten Sinne –, welche alle Elemente einer solchen trug, diesmal jedoch auf der anderen Seite des politischen Spektrums angesiedelt war und vielfach unter sozialistischen Etiketten auftrat. Sie bediente sich derselben Methoden wie die Neoliberalen: Wieder wurden Werturteile, Hypothesen und Behauptungen wissenschaftlich umhüllt. Ja diese Staffage wurde sogar insofern mit einer gewissen Meisterschaft gestaltet, als sie aus einer Mixtur von Soziologie, Sozialpsychologie und Nationalökonomie hergestellt und in einem eigenen Jargon präsentiert wurde.

Heilslehren ohne logische Konsistenz

Nach der sogenannten «neu-linken» Ideologie repräsentieren die westlichen Demokratien ein System krasser ökonomischer und sozialer Unterdrückung. Es sei durch die menschliche Selbstentfremdung charakterisiert, welche aus dem kapitalistischen Arbeitsprozess resultiere. Darüber hinaus werde das Volk von den Herrschenden vermittels Werbung zum willenlosen Konsumsklaven degradiert, dessen einzige Funktion sei, dem kapitalistischen Profit zu dienen.

Gleicherweise halte die herrschende Klasse das Volk auch in politischer Unterdrückung. Um es von seinen wahren Interessen abzulenken, gebe es die «formale Demokratie», welche aber nur eine freiheitliche Fassade abgebe, hinter der die «Herrschenden» ungestört agieren könnten. Dieses System funktioniere derart perfekt, dass es in seinem Rahmen gar nicht möglich sei, das Volk zum wahren Bewusstsein zu bringen, weshalb jenes gewaltsam gesprengt oder zumindest durch ständige Provokation entlarvt werden müsse. Bei der Tarnung des Systems falle der «wertfreien» Wissenschaft eine zentrale Rolle zu, weil sie unter dem Vorwand eben dieser Wertfreiheit nichts anderes treibe als «Systemstabilisierung»; es gebe keine Wissenschaft, die nicht politisch bestimmt sei.

Um diesen harten Kern gruppiert sich eine Vielzahl von Theorien, welche das Bild des endgültig befreiten Menschen zeichnen, von einem Wirtschaftssystem, das keine Profitgier kennt, über die sexuelle Befreiung bis zum Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel. Alle tragen den Charakter von Heilslehren und scheren sich keinen Deut um logische Konsistenz:

So wird gleichzeitig mit dem Ende der Profit- und Leistungsgesellschaft ein gewaltiger Ausbau der sozialen Leistungen, des Bildungs- und Unterrichtswesens, der öffentlichen Dienste sowie eine Vervielfachung der Entwicklungshilfe verlangt; die Frau wird sich in dieser neuen Welt nur mehr der Lust hingeben und sich in jeder Hinsicht ausleben, dasselbe gilt aber im Rahmen der antiautoritären Erziehung für die Kinder – ungeklärt bleibt, wer sich im Konfliktfall durch Prügel an wem ausleben darf.

Dieses die Realitäten nur durch Zufall berührende Gedankengebäude bildet eben die Ideologie für eine Bewegung, welche aus dem Wohlstand der Nachkriegszeit entstanden ist, in einer Generation, die heute ohne sonderliche Existenzsorgen auf den Hochschulen lebt und der unsere demokratische Gesellschaft «fad» geworden ist. Sie sucht ein Ventil für ihre ungenutzten physischen und psychischen Energien, weil sie im vergleichsweise ruhigen Ablauf unseres Alltages zuwenig Sensation findet.

«Die Welt der jugendlichen Neolinken ist die alte romantische Welt des Knabenalters», schreibt Gerhard Szczesny in seinem Buch «Das sogenannte Gute» (Reinbek bei Hamburg, 1971), «sie wollen spielen oder spektakuläre Taten tun, nicht aber acht Stunden täglich an einer Maschine stehen, an einem Schreibtisch sitzen, irgendeine banale oder mühselige Kleinarbeit verrichten.» Es sind nicht die Atombomben und nicht Vietnam und nicht der Kapitalismus, die die Revolte der Jugend wirklich tragen, Völkermord und Elend hat es immer gegeben. Die Geschichte der westlichen Völker ist voll davon. Die Jugend ist der Wohlstandsgesellschaft überdrüssig. Der Aufstand gegen die Väter macht den Weg frei für den Über-Vater, der Anforderungen stellt, Opfer fordert, zum Kampfe ruft (17).

Eine studentische Jugend, die – noch dazu für ein hehres Ziel – zur Revolution aufruft, «weil da immer etwas los ist; Bomben explodieren, Feuer lodern, Helden siegen oder untergehen –» (19).

Das Aufkommen dieser neuen Ideologie bedeutet aber – nach den von Bruno Kreisky dargelegten tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts – eine weitere Herausforderung an die Sozialdemokraten, ihre theoretische Position im Hinblick darauf neu zu formulieren. Denn die Menschen erwarten mit Recht, dass die bestimmende politische Kraft an der Wende der siebziger Jahre zu diesen Anschauungen relevant Stellung bezieht.

Aber noch eine weitere Tatsache legt eine Neuformulierung der sozialistischen Strategie – besonders in diesem Lande – nahe: Zwar haben die sozialistischen Parteien in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Politik Westeuropas in hohem Masse mitbestimmt. Sie taten das jedoch entweder aus einer oppositionellen Situation heraus oder zumindest aus einer des schwächeren Partners in Koalitionsregierungen – wenn man von Skandinavien absieht. Seit Ende der sechziger Jahre bietet sich auch in Zentral-europa ein anderes Bild. Sozialistische Regierungen agieren in der Rolle

des starken Koalitionspartners oder in jener der Majorität. Sie besetzen insbesondere in Österreich die meisten politischen Schlüsselstellungen, und der ihnen auffassungsmässig nahestehende Österreichische Gewerkschaftsbund gilt als die mächtigste Organisation Österreichs überhaupt; wogegen etwa die Unternehmerorganisationen durch die Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Industrie vergleichsweise schwächer sind als im Ausland. Ergeben sich daraus ebenfalls Konsequenzen für die sozialistische Politik?

Rückkehr zur Sozialromantik?

Aussagen zur sozialistischen Politik der siebziger Jahre müssten sich demnach in methodologische und inhaltliche gliedern. Was immer man unter Ideologie verstehen will, eines müsste von vorherein klargelegt werden, dass sie keinen Verzicht auf das Instrumentarium der positiven Wissenschaften in der Formulierung von Zielen und Strategien bedeuten kann und dass die wertfreie Analyse sozialökonomischer Phänomene nicht in Frage gestellt werden darf und eine vom Ziel her determinierte «Klassenwirtschaft» nicht akzeptiert werden kann. Wie sehr man sich auch der Problematik der Wertfreiheit bewusst sein mag, immer muss sie in der Analyse ein anzustrebendes Ziel bleiben!

Ebensowenig wäre aber eine Wiederbelebung der Sozialromantik diskutabel, etwa derart, dass man unter dem Vorwand, man brauche Utopien, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben, beginnt, Luftschlösser zu errichten, die sich von den gegebenen sozialökonomischen Voraussetzungen gänzlich abheben und sozusagen auf rosigen Wolken erbaut sind. Damit soll keineswegs einer trockenen technokratischen Administration das Wort geredet werden, aber jede Idee ist im Prüfstand des gegebenen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes auf ihre Realisierbarkeit und ihre Konsequenzen hin zu testen. Jedes Abgehen von diesen Prinzipien bedeutet einen Rückfall in ein vorwissenschaftliches Stadium, das schon Karl Marx perhorresziert hat.

Gerade im Hinblick auf die Revolutionssehnsucht der «Neuen Linken» gilt es, sich noch über den zuvor erwähnten politologischen Aspekt der sozialdemokratischen Politik aus der Mehrheitsposition her klar zu werden.

Ausschluss der Gewalt

Man kann es fast als das konstitutive Charakteristikum der internationalen Sozialdemokratie bezeichnen, dass sie nie revolutionär gewesen ist. Sie blieb die einzige soziale Erneuerungsbewegung, die stets Gewalt bei der Realisierung ihrer Ziele ausgeschlossen hat. Wahrscheinlich ist dies der Grund, dass sie die nachhaltigsten Erfolge in der gesellschaftlichen Umgestaltung erringen konnte und dass diese Umgestaltung ohne jene furchtbaren Konvulsionen vor sich ging, die sich stets im Gefolge von Revolutionen

eingestellt haben und deren permanente Folgen im Osten noch heute zu sehen sind. Sie hat die Lage der benachteiligten Klassen in einer Weise verbessert, dass anderen Gruppen ein Minimum an Nachteilen zugefügt wurde, sich also – um es im Fachjargon auszudrücken – paretooptimal verhalten.

Dieses Faktum verursachte ihr jedoch ein permanent schlechtes Gewissen, weil sich die sozialdemokratischen Parteien in ihrer theoretischen Basis von Anfang an als revolutionär verstanden. Dieses schlechte Gewissen führte in der Folge zu einem Auseinanderklaffen von effektiver Politik und rhetorischer Deklamation. So beschrieb etwa Otto Bauer die – innenpolitisch – völlig friedliche Ablösung des Kaiserreiches durch die österreichische Republik im nachhinein als «Die österreichische Revolution», und die Geschichte eben dieser Ersten Republik wird durch seine persönliche und politische Tragik überschattet, die sich aus *dem Zwiespalt zwischen rhetorischem Radikalismus und faktischem Humanismus* ergab, wie ihn Norbert Leser in seinem Buch «Zwischen Reformismus und Bolschewismus» (Wien 1968) eindrucksvoll beschrieben hat.

Diese historische Belastung sozialdemokratischen Denkens darf uns nicht davon abhalten, die Absurdität des Revolutionsgeschreis zu durchschauen und zu brandmarken. In einer Gesellschaft des relativen Wohlstands, der abgeschliffenen Klassengegensätze, der sozialen Sicherheit und vieler egalitärer Ansatzpunkte, die sich in der politischen Demokratie einen Mechanismus erwählt hat, der auf permanente Änderung der Gesellschaftsstruktur eingestellt ist, wäre jeder revolutionäre Akt nicht nur falsch, sondern ein Verbrechen, weil er sich konsequenterweise nur gegen jene demokratischen Freiheiten richten könnte, die eine der unverzichtbaren Errungenschaften unserer Zeit sind.

Dosierung des Wandels

Aber noch mehr: Wenngleich sich die statische Gesellschaft des Mittelalters zu der industriell-dynamischen der Gegenwart gewandelt hat und das Bewusstsein ständigen Wandels allmählich überall zur Kenntnis genommen worden ist – gerade deshalb stellt die «neue Linke» eine typische «Spätzündung» dar –, verträgt die menschliche Natur, der zu ihrer Existenzsicherung ein gewisses Mass an Stabilität vorgegeben ist, Wandel nur in beschränkten Dosen und in gewissen zeitlichen Abständen. Gerade weil in den siebziger Jahren viele Probleme zu lösen sind und für die Lösung gute Chancen bestehen, sollte sich die Sozialistische Partei dieser sozialpsychologischen Bedingungen bewusst sein und das Ausmass sowie Tempo des Wandels dosieren.

Solche Gedanken legt gerade die Position der Stärke nahe, in der sich die SPÖ in den siebziger Jahren befindet oder befinden wird. Auch sollte die sozialdemokratische Tradition des paretooptimalen Vorgehens weiterhin befolgt werden, den schwächeren sozialen Gruppen zu helfen, ohne

den bisher stärkeren unmittelbar zu schaden – ausser notwendigermassen dadurch, dass sie bisher innegehabte Privilegien verlieren.

Die Strategie der siebziger Jahre

Weder wäre es im Rahmen eines kurzen Aufsatzes möglich, nun die materiellen Probleme, welche die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren lösen sollte, auch nur annähernd vollständig zu erfassen, noch auch zweckmässig, weil es sich schliesslich um eine theoretische Diskussion handelt, welche der Politik nur Richtlinien vorgeben kann, nicht aber Details. Es bietet sich daher die Darstellung von bestimmten Problemgruppen an, zu denen einige grundsätzliche Überlegungen angestellt werden:

Einen klassischen Problembereich stellt jener der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Gerade hier wird von neu-linker Seite sehr viel von der «Überwindung der Leistungsgesellschaft» geredet und von der Beseitigung des Profitdenkens. Der Autor möchte vorausschicken, dass er das gegebene Wirtschaftssystem keineswegs als das für die Ewigkeit gültige ansieht und dass er sich eine Situation vorstellen kann, in der Einkommenssteigerung keinem individuellen und sozialen Bedürfnis mehr entspricht. Dann wird man ein Wirtschaftssystem entwickeln müssen, das die Produktion von Gütern und Dienstleistungen auf einem gegebenen Niveau ohne Gewinn und Einkommensanreiz sicherstellt.

Das jedoch wird kaum die Sorge dieser Generation und noch weniger des kommenden Jahrzehnts sein. Wer sich nicht über die Wünsche der Menschen erhaben fühlt, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass diese ein hohes Interesse an steigenden Einkommen haben, was allein deshalb plausibel erscheint, weil Österreich, obwohl es in den letzten Jahren stark aufgeholt hat, doch noch hinter dem Einkommensniveau vieler Staaten zurückbleibt. Und selbst in Schweden, dessen Durchschnittseinkommen fast doppelt so hoch ist wie das österreichische, scheint die politische Akzentverlagerung Olof Palmes von Einkommenswachstum zur Gleichheitspolitik nicht den ungeteilten Beifall der Arbeitnehmer gefunden zu haben.

Wenn man aber Wachstumspolitik betreiben will, dann zwingt sich dazu die Benützung jenes Instruments auf, das sich nach den ausreichenden Erfahrungen der Nachkriegszeit als das effizienteste erwiesen hat, nämlich *eine in den Rahmen staatlicher Planung und Wirtschaftspolitik eingebettete Marktwirtschaft* mit einem relevanten Bereich von Privateigentum an Produktionsmitteln. Dies ist aber zweifellos eine Leistungsgesellschaft als auch eine solche, in der das Profitmotiv eine Rolle spielt, wenngleich nur auf einen bestimmten Sektor von Wirtschaft und Gesellschaft beschränkt.

Einen weiteren anerkannten Bereich der in den siebziger Jahren zu lösenden Aufgaben bildet jener der Erziehung und des Unterrichts. Hier geht es darum, jedem die gleichen Bildungschancen einzuräumen und die Bildungsmöglichkeiten vom materiellen und sozialen Status der Eltern unabhängig zu machen. Dazu haben bereits eine Reihe Berufener Detaillier-

teres gesagt. Hier soll nur ein Problem aufgegriffen werden, das in der Diskussion bisher kaum berührt wurde.

Die meisten Überlegungen gingen bisher davon aus, dass lediglich die Angebotsseite der Ausbildung zu beachten, dass die Zahl insbesondere der qualifiziert Ausgebildeten, also vor allem der Akademiker, nur kräftig auszuweiten sei. Über die Nachfrage nach den so Ausgebildeten machte man sich im allgemeinen nur wenig Gedanken (als Ausnahme sei J. Steindl: «Bildungsplanung und wirtschaftliches Wachstum», Wien 1967, zitiert).

Ein geradezu verhängnisvolles Ergebnis der Bildungspolitik wäre aber die Schaffung eines arbeitslosen Akademikerproletariats, also einer Schicht, in der höhere berufliche und soziale Ansprüche geweckt, dann jedoch nicht erfüllt würden. Eine solche Entwicklung zeichnet sich bereits in mehreren westlichen Industriestaaten ab, vor allem in denen mit stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung.

Auf längere Sicht wäre eine solche Tendenz aber unvermeidbar. Da in jüngerer Zeit alle gesellschaftlichen Probleme stets stark übertrieben präsentiert zu werden pflegen, hat man die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften masslos überschätzt.

Aber selbst wenn die Vorstellungen über diesen Bedarf zugetroffen hätten, wäre nach einer gewissen Anpassungsperiode unweigerlich ein Akademikerüberschuss entstanden, weil letztlich die Mehrzahl der Staatsbürger eine derartige Laufbahn hätten einschlagen müssen.

Hier kann eine Lösung nur in einer Trennung der Bildungsziele vom beruflichen Einsatz gefunden werden. Der allgemeine Bildungsanspruch muss derart formuliert werden, dass er von der Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften getrennt werden kann. Das könnte etwa derart geschehen, dass ein allgemeines akademisches Studium geschaffen wird, das keinen Bezug auf eine bestimmte berufliche Verwendung enthält. Der Anspruch auf ein solches Studium sollte jedem Staatsbürger – sofern er nicht bereits ein akademisches Fachstudium absolviert hat – während seines ganzen Lebens durch Gewährung einer Studienbeihilfe garantiert werden.

Ein weiterer Aufgabenbereich der siebziger Jahre ist im Ausbau der Infrastruktur zu suchen, also jenes Bereiches, der durch die Marktwirtschaft nur unzureichend versorgt wird. Dazu gehören auch jene Massnahmen, die auf die Erhaltung der Umwelt gerichtet sind.

Probleme nicht übertreiben

Zweifellos werden auch zu dieser Frage eine Reihe von Fachleuten erschöpfend Stellung nehmen, doch scheint hier ebenfalls der allgemeine Hinweis angebracht, man möge die Probleme nicht übertreiben. Umweltschutz ist gewiss eine ernste Sache, neben der Massenarbeitslosigkeit der dreissiger Jahre jedoch sicherlich ein Kinderspiel.

Bei Bewältigung aller Infrastrukturaufgaben wäre ein «technokratischer» Aspekt im Auge zu behalten: die Relation von Aufwand und Ertrag. Die Feststellung Galbraith', dass privater Reichtum mit öffentlicher Armut einhergehe, trifft vielleicht für die Vereinigten Staaten zu, wo das Steueraufkommen zwar auch 30 Prozent des Bruttonationalprodukts erreicht, wovon aber ein Drittel auf Rüstungen entfällt, so dass für andere Staatsausgaben wenig übrigbleibt.

In Westeuropa dagegen wird man das nicht ohne weiteres sagen können. In Österreich etwa laufen fast 40 Prozent des Bruttonationalprodukts über öffentliche Haushalte. Von jedem erarbeiteten Schilling muss der Österreicher also rund 40 Groschen dem Staat geben, der ihn dann für verschiedene Aufgaben, wie soziale Sicherheit, Schulen, staatliche Verwaltung und Investitionen, ausgibt.

Da im öffentlichen Bereich die Marktgesetze im allgemeinen nicht wirksam werden, ist nicht ohne weiteres zu übersehen, ob die Steuermittel auch jeweils am wirksamsten verwendet werden. Erst in jüngerer Zeit hat die Nationalökonomie Methoden entwickelt, welche die Effizienz im Einsatz der Mittel überprüfen können. Mit dem Ausbau der Infrastruktur wird also in den siebziger Jahren wohl auch eine umfassende Reorganisation im Einsatz der dazu notwendigen Mittel einherzugehen haben – ein ökonomisches Problem, das dadurch seinen sozialen Stellenwert erhält, dass Steuereinheben schliesslich kein Selbstzweck ist.

Einen ebenfalls wesentlichen Problembereich bildet die Demokratisierung. Hier geht es um den Fundamentalwert der menschlichen Würde und darum, dass in Bereichen, in denen weitgehend und intensiv über das menschliche Leben entschieden wird, eine Mitentscheidung des Betroffenen möglich sein muss. Dieser Ansatz unterscheidet sich sehr wesentlich von jenem der «Neuen Linken», die alles und jedes demokratisieren will.

Nicht nur, dass ein derartiges Vorgehen völlig unrationell wäre, weil viele Lebensbereiche einfach nach ihrer Zweckbestimmung organisiert werden – so diskutiert niemand mit dem Zugführer über die Zweckmässigkeit der jeweiligen Eisenbahnfahrt und über dessen Eignung dafür, den Zug zu führen –, sondern es läuft geradezu auf eine Gefährdung der Demokratie hinaus.

Wenn man alles und jedes «demokratisiert», wird es für den einzelnen Staatsbürger völlig unmöglich, seine demokratische Verantwortung überall wahrzunehmen, weil dies einfach seine zeitliche und arbeitsmässige Kapazität bei weitem überstiege. Damit bekämen aber interessierte Cliques die Chance, einzelne Bereiche zu beherrschen. Diese Überlegungen müssten berücksichtigt werden, wenn man den Umfang der Demokratisierung festlegt.

Kulturelle Emanzipation

Bleibt letztlich jener so wesentliche Bereich, der zum Kern des Sozialismus hinführt. Wenn dieser das Endziel in der vollen Entfaltung der menschl-

chen Persönlichkeit sieht, dann lässt sich sagen, dass der materielle Aspekt dieses Problems bereits in respektablem Mass gelöst werden konnte – eine Tatsache, die nicht abgewertet werden darf. Auch die Steigerung der menschlichen Würde konnte in vielen egalitären Ansätzen und solchen zur Demokratisierung – etwa in der überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer – verbessert werden. Alle diese Fortschritte bleiben jedoch unbefriedigend, wenn es nicht auch gelingt, die kulturelle Emanzipation des Menschen voranzutreiben, weil dadurch erst seine Entfaltungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Diese wird sicherlich durch erweiterte Bildung gefördert – und der Vorschlag des nicht berufsgebundenen Studiums zielt auch darauf ab. Auch bemühen sich bereits heute viele Bildungsinstitutionen um dasselbe Ziel! Vielleicht aber sollte die Partei in den siebziger Jahren hier fordernd vor ihre Anhänger und Wähler treten, an sie appellieren, sich ihres menschlichen Wertes in eigener kultureller Aktivität bewusst zu werden sowie ihr Bewusstsein auf andere zu übertragen. Hier sich zu exponieren, wäre auch für die Jugend sinnvoller, als Revolution zu spielen!

Was immer man unter Ideologie verstehen will, sicherlich wäre es zweckmässig, die sozialistischen Ziel- und Wertvorstellungen zu Beginn der siebziger Jahre neu zu formulieren und zu interpretieren. Neben neuen sozio-ökonomischen Entwicklungen verlangten das gerade auch solche auf ideologischem Gebiet sowie die politischen Verschiebungen in unserem Land. Sosehr die wechselnde gesellschaftliche Szenerie mit ihren neuen Fragen ebenso neue Antworten verlangt, sollte man sich immer der Kontinuität sozialdemokratischen Denkens und sozialdemokratischer Politik bewusst sein: welche nicht nur im Fundamentalwert der vollen menschlichen Entfaltung liegt, sondern in der Tatsache, dass der Sozialismus seit hundert Jahren – mit Unterbrechungen und Rückschlägen, aber erfolgreich – gebaut wird. In zahllosen, oft mühseligen kleinen Schritten, die manchmal zu spektakulären Erfolgen führen, häufig aber von den Zeitgenossen kaum zur Kenntnis genommen werden. Erst rückschauend sieht man staunend, dass hier eine neue Welt erbaut wurde, der zwar noch manches fehlt, die aber vieles enthält, was sich die Väter des Sozialismus nicht hätten träumen lassen.

Und so wird es auch in Zukunft sein: Wieder werden zahllose kleine Schritte gesetzt werden, mit mehr oder weniger sichtbaren Erfolgen. Die aber grossen Worten grosse Taten folgen liessen, haben nur Blut, Tränen und Unterdrückung geschaffen. Es gilt daher diesen Prozess der stetigen, aber schmerzlosen Evolution weiterzuführen, im Sinne des Vaters aller Reformisten Eduard Bernstein, der da sagt: «Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir gar nichts, die Bewegung alles!»